

Haushaltsrede der GAL zum Haushaltsplan 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weinschenk, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen Gemeinderäte, liebe Zuhörer,

Lassen Sie mich bitte gleich mit einer Feststellung beginnen: Der Haushaltsplan 2014 passt gut zu unserer Stadt Bad Waldsee. Der Haushalt beinhaltet in seiner Gesamtheit die Bedürfnisse, Erwartungen an die bereitgestellten Finanzmittel für unsere Bürger und unser Gemeinwohl. Dies kritisieren wollen wir hier nicht, denn der Haushalt bietet diese Basis und steckt den Handlungsraum ab, den die GAL auch finanziert und abgedeckt sehen will. Gleichsam sind Maßnahmen gegen die wir uns wehren würden in diesem Plan nicht enthalten. Wir können aber ergänzen und anders gewichten, und dies möchte ich kurz aufzeigen.

Der Haushaltsplan arbeitet bewährt die Pflichtaufgaben einer Kommune ab und, führt begonnene Projekte weiter, zeigt das hohe Niveau unserer Stadt im vielgliedrigen Netzwerk der kommunalen Dienstleistung, die viele Überschneidungen mit der individuellen Lebenswelt eines jeden Bürgers hat. Der Haushalt ist verlässliche Orientierungshilfe, ein Richtwerk von in Zahlen gepackter Aufgaben und Zielsetzungen. Naturgemäß ist unser Haushalt konservativ, aber dass ist unsere Stadt auch. Die Schwerpunkte auf die Pflichtaufgaben und den kommunalen Erfüllungsgedanken, sind der Kern und Angelpunkt. Hier versammeln sich die Bewährten Dienstleistungen, die der Bürger als normal, ja gegeben voraussetzt. Dann kommen die anvisierten Ziele, die zum einem der Gesetzgeber definiert und auch der Gemeinderat als Aufgabe der Verwaltung ins Arbeitsprogramm schreibt. Hier mischt sich Pflicht und Kür, sind nicht alle Projekte Freiwillig, sondern neuen Gesetzen, Auflagen, Vorschriften geschuldet, und natürlich versucht der Gemeinderat in seinen Möglichkeiten gestalterisch positiv auf die Stadt und ihre inhaltliche Entwicklung einzuwirken. Genau auch hier prallt dann die Innovative Idee auf bodenständigen Pragmatismus. Dies spiegelt sich im Bürger und in der Stadt ebenfalls wieder. Was mich zum eigentlichen Punkt führt. So richtig Innovativ, neu und grundlegend anders ist der Haushalt nicht. Ist unsere Stadt aber auch nicht. Henne oder Ei? Ist der Haushalt jetzt so, weil unsere Stadt so ist, oder weil unsere Stadt so ist, wie sie ist, erhält sie diesen Haushalt. Aber das neue, das Experiment, das Ausprobieren, die sensationelle Neuheit, der Bruch mit bislang mehr oder weniger Bewährtem, das ist Bad Waldsee nicht. Der Bürger nicht, und der Haushalt damit auch nicht. Der Handlungsbedarf scheint gering, alles ist gut, alles läuft und funktioniert. Warum etwas verändern? Für den Bürger erschließt sich nicht notwendigerweise der Sinn einer Veränderung. Wir politisch tätigen haben aber die Verantwortung, den zu einem Kraftakt auswachsenden Spagat, von Bewährtem und Neuen auszuhalten, dieses Spannungsfeld mit Leben zu erfüllen und an der lebenswerten Zukunft der Stadt zu bauen. Wir haben auch die Verantwortung, für das Miteinander, die Kommunikation und das Klima. Hier sind wir immer wieder gefordert, zwischen aufgebrachten individuellen Erlebnis-Realitäten des Bürgers, und einer effizient, nach Vorschriften, akkurat arbeitenden, im Sinne der Neutralität, eher unpersönlichen Verwaltung zu übersetzen und zu vermitteln. Keine leichte Aufgabe, wenn Bürgerinteressen und

Verwaltungsvorgänge, die auch der Gemeinderat definiert hat, aufeinanderprallen. Die wenigsten Bürger interessieren sich für den Haushalt oder Kommunalpolitik. Sie gehen davon aus, dass sich die Kommune ihren Aufgaben nachgeht und zahlen ihre Abgaben, Steuern und Gebühren. Soweit so gut, dennoch sind wir immer wieder mit enormen Kritik von Bürgern, Initiativen, Gruppen der Bevölkerung, konfrontiert. Unser aller Ziel war Politik transparenter zu gestalten, mehr öffentlich zu tagen, näher am Bürger zu sein. Dies stellt nach wie vor eine Herausforderung dar. Herr Reischmann vom Amtsblatt, Fr. Göppel von der Öffentlichkeitsarbeit, die gute Zusammenarbeit mit der SZ-Lokalredaktion und dem Waldseeer, sind der richtige Weg. Mehr Bürgerbeteiligung, Bürgerinformationen, wie bereits erfolgt gehören auch dazu. Dennoch will der Bürger Dinge erklärt bekommen. Er will nicht nur Wissen, was jetzt gemacht wird, sondern warum. Er will dies erklärt bekommen. Nur Information ist zu wenig, er will es verstehen. Deshalb hier die Forderung nach weiteren Bürgergesprächen, zu bestimmten Themen, bsp. Weiterentwicklung eines Teilbereiches Städtebaulicher Rahmenplan, mit Bürgerinfo und Aufnahme der Redebeiträge der anwesenden Bürger. Dabei wäre schön wenn dies von der Verwaltung initiiert wird, um über die entsprechende Fachkompetenz verfügen zu können, oder die Fraktionen erarbeiten ein überfraktionelles Bürgergespräch. Wir alle müssen noch mehr mit dem Bürger reden, seine Sichtweise verstehen, aber dabei auch unsere wohlüberlegten Gründe und Entscheidungen mit ihm diskutieren und unseren Standpunkt vermitteln. Ein Artikel im Amtsblatt reicht nicht aus. Wir müssen immer wieder, reden, erklären, immer wieder. Und der Stadt seniorenrat benötigt ein Anhörungs- und Antragsrecht. Für uns Gemeinderäte hat der Haushalt eine zentrale Bedeutung. Für den Bürger ebenfalls. Von und Räten kann man erwarten, dass wir uns damit befassen, von dem Bürger nicht. Warum bleibt bei all diesen Beratungen der Bürger außen vor? Natürlich ist der Haushalt das Königsrecht des Rates. Aber kann es nicht eine Veranstaltung, oder eine schriftliche Information geben, die in Alltagsworten die wichtigsten Haushaltsvorgänge für den unbedarften Bürger zugänglich macht. Warum könnte an dieser Veranstaltung nicht auch der Bürger Ideen einspeisen und Fragen stellen? Je weiter wir den Haushalt transparenter und Bürgernäher gestalten um so näher sind wir am Bürger. Gerade dann wenn es um langweilige Zahlen geht. Die letztendlich nicht langweilig sind, sondern das Leben der Bürger betreffen. Dies muss keine vollständiger Bürgerhaushalt sein, wie ihn andere Städte haben, und wir auch schon diskutiert haben, sondern eine bürgernahe Form der Haushaltsberatungen, ohne, dass der Bürger ein Recht hätte seine Ideen verwirklicht zu wissen.

Die Finanzsituation ist erfreulich, Grundsteuer, Einkommenssteueranteil, Schlüsselzuweisungen haben alle zugelegt, die Kreisumlage ist gestiegen und berücksichtigt. Die Steuerkraftsumme erreicht das Niveau vor der Finanzkrise. Es gibt keine Steuererhöhungen. Natürlich liegen diese Zahlen eng gekoppelt mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, und die ist zur Zeit einfach gut. Da die Stadt einige investive Projekte angeht ist die Ausgangslage erst mal ermutigend.

Zu dem Anstieg an Personalkosten um 10%. das sind immerhin 930.000 Euro, muss gesagt werden, das dies zum Teil tarifliche Erhöhungen sind, sowie erhöhter Personalbedarf durch rechtliche Vorgaben. Aber auch Neueinstellungen, wie in der Kita, Grundschule, Edv, Sozial-und Ordnungsamt wegen Verkehrsüberwachung und Waffenrecht, Hausmeisterstelle in den Obdachlosenunterkünften. Die Verwaltung erbringt eine Dienstleistung. Auch wenn dies von uns Bürgern nicht immer als Dienstleistung gesehen wird. Vor allem dann nicht, wenn die mit den gewünschten

Lebenswelten der Bürger kollidiert. Die Regelung unseres Gemeinwesens und die Erbringung von ganz grundlegenden Diensten ist Teil unseres hohen Lebensstandards. Die Verwaltung braucht gutes qualifiziertes Personal, sie muss das von ihr geforderte Arbeitspensum bewältigen und der Aufgabenstellung gewachsen sein. Niemandem nützt eine Verwaltung die überfordert ist.

Die Schulen stellen auch dieses Jahr einen großen Teil der Investitionen dar, wenn auch nicht so groß, wie im letzten HH-Jahr. Immerhin knapp 600.000 in Gebäudeunterhalt, und 370.000 Euro im Vermögenshaushalt werden investiert. Die Schulen bleiben Dauerbaustellen auch inhaltlicher Art.

Die Grünen waren immer Unterstützer des Gesellschaftlichen Wandels einer vormittäglichen Bildungseinrichtung zum Ganztagesbetrieb, mit Betreuungs- und Förderzeiten, und schulisch organisierter Freizeit. Bildungsgerechtigkeit abseits des sozialen Hintergrunds und die besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die wichtigsten Motive für den Ausbau der Ganztageschule. Dass die Gemeinschaftsschule ein Modell sein könnte für die sich verändernden Rahmenbedingungen, ist das eine, eine Schule in Gemeinschaft, wie von den Schulleitern propagiert, das andere. Letztlich zählt nicht der Name, ja noch nicht mal das Konzept, sondern die Tatsache, dass die Schulen als Dienstleister, von der Gesellschaft, und/ oder den Eltern in die Pflicht genommen werden, ganztägige Angebote an zu bieten. Wir haben diesen Trend vor Jahren vorhergesehen, und wiederum der konservativen Haltung geschuldet, wundern sich alle über die enorme Akzeptanz des Angebots, deren Auswirkungen, die Schulen vor neue Aufgaben stellt und Lehrkräfte herausfordert. Uns wundert dies nicht. Alle hätten schneller sein müssen, wir, die Schulen und letztendlich auch das Land. Wobei wir jetzt sehr glücklich sind, dass das Land sich mit den Kommunen über die finanziellen Mittel für den Ganztagesbetrieb des Grundschulbereichs geeinigt haben. Dies ist ein riesen Erfolg für die Schulentwicklung und auch für uns Grüne. Positive Nachrichten hatte die ländliche Bildungspolitik dringend notwendig. Hier sind sie! Bis 2023 sollen 70% der Grundschulen im Land Ganztagesunterricht anbieten. Und die Ausgestaltung ist flexibel, Schulen können sieben oder acht Zeitstunden an drei oder vier Tagen anbieten. Damit verbunden sind natürlich Kosten für die Kommune, aber auch die Möglichkeit, eine ganzheitliche Ganztagesbetreuung mit qualitativem Anspruch um zu setzen. Diese Chance sollte nun die Grundschule ergreifen. Und da es keine Patentrezepte gibt ermutigen wir zum experimentieren, üben, ausprobieren, Erfahrungen schaffen. Wohlwissend, dass weitere Ganztagesangebote der anderen Schulen auch folgen könnten, was weitere Kosten für die Stadt bedeuten würde. Ebenfalls ein Erfolg: die Vereinbarung des Landes sich an der Schulsozialarbeit zu beteiligen. All diese Maßnahmen inklusive Kita und U3-Betreuung zeigen das Bemühen der Regierung im Ringen um inhaltliche Erfolge der Bildungspolitik. Hier sind die ersten Erfolge.

Auf die KITA -Fertigstellung und Eröffnung freuen wir uns dieses Jahr besonders. Dies ist das am Schulstandort Döchtbühl fehlende Puzzleteil, für ein rundes vollständiges Bildungsangebot. Dass hier das Land und die grün/ rote Regierung, ihren Teil zum Gelingen beitragen, macht dieses Unterfangen für unsere Kommune finanziell einfacher. Für Natur und Landschaftsausgleich haben wir uns immer stark gemacht. Dass die Kommunen generell nur 50% von allen beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen umsetzen, bedauern wir. Deshalb begrüßen wir es, dass die Stadt sich zukünftig an die Ökokontoverordnung hält und Mittel von 50.000 Euro bereitstellt. Der Flächenverbrauch

ist in Bad Waldsee groß, siehe Wasserfall 2 und Frauenberg 6, die Kosten für den Ausgleich werden die nächsten Jahre steigen. Zumindest werden wir dies fordern. Des Weiteren würden wir gerne empfehlen Mitglied der Gesellschaft „Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH“ zu werden. Diese Gesellschaft wurde errichtet, weil es für viele Kommunen schwer ist Ausgleichsflächen nachzuweisen, und wenn vorhanden, geht dies zumeist zulasten landwirtschaftlicher Produktionsflächen. Diese Gesellschaft kurz REKO genannt, fokussiert Aufwertungsmaßnahmen im Bereich Gewässer, Auen und Moore. Zum einen geht die Struktur damit über die eigene Gemarkung hinaus, potenziert und Bündelt diese Maßnahmen an bestimmten Orten und garantiert dadurch leichter eine Umsetzung. Zum anderen ist die Aufwertung des Steinacher Rieds damit auch möglich und diese liegt uns am Herzen. Und kommt gebetsmühlenartig in jeder Haushaltsrede vor.

Fazit: die schönsten beschlossenen Ausgleichsmaßnahmen nützen nichts, wenn diese nicht umgesetzt werden.

Ein weiteres Herzensthema: die Energiewende vor Ort. Die Stadtwerke besitzen eine Konzeption und Geschäftsidee an die wir glauben. Auch wenn die Energiewende in den Händen der Bundesregierung zu einem Hauch zerrinnt, und die Politik sich nicht für unsere Stadtwerke stark macht, möchten wir an dieser GmbH festhalten und weitere Anstrengungen unbedingt unternehmen. Wenn auch enorme Aufgabenstellung die Realisierung erst mal behindern, können die Stadtwerke einen ganz wichtigen Zukunftsbeitrag zum Thema Energie in Bad Waldsee leisten. Hier kann man nur ermutigen und allen beteiligten Ausdauer wünschen. Ob die Umsetzung gelingt mit Windkraft und oder Tiefengeothermie, kann noch niemand sagen, dass ein Nebeneffekt, die Klimaneutrale Stadt immer auf der Agenda steht, darf nicht ausgeblendet werden. Hier müssen wir weiter an allen Potentialen arbeiten um den CO₂-Ausstoß weiter zu verringern. Gleichzeitig ist es erschreckend, dass noch niemals zuvor soviel Braunkohle zur Energiegewinnung wie zur Zeit benutzt wird. Für uns schlicht eine Energiekatastrophe und absolutes politisches Versagen.

Antrag 1 Bürger für Bürger-Projekt

Wir möchten ehrenamtliche kreative Unternehmungen und Ideen unterstützen, die dem Waldseer Bürger zugute kommen und dafür möchten wir gerne die Voraussetzungen im Haushalt schaffen. Wir würden gerne Mittel für ein Bürgerprojekt einstellen. Für dieses Projekt müssen sich die Personen, Gruppen, Initiativen mit einem Konzept bewerben. Dieses Projekt soll zeitlich begrenzt sein. Dies kann eine Veranstaltungsreihe, die Schaffung einer Einrichtung, eine wissenschaftliche Untersuchung, ein besonderes Anliegen, mit dem Waldseer Bürger ehrenamtlich zur Lebensqualität ihrer Mitbürger beitragen und die sich damit verpflichten ehrenamtlich auf eine bestimmte Zeit beschränkt aktiv zu sein. Der Gemeinderat ist der Herr der Mittel und falls kein Konzept eingereicht wird, oder keines die Zustimmung des Gemeinderates findet, verbleiben die Mittel auf Vortrag für das nächste Jahr. Wir möchten die Hemmschwelle an der Realisierung von Bürger für Bürger Projekten senken, dadurch dass die finanziellen Mittel vorhanden sind, die zumeist ein K.O.-Kriterium sind. Wohlwissend, dass die Stadt in ihren Aktivitäten, alle Vereinen und Institutionen, bereits mit erheblichen Mittel unterstützt. Inklusiv Unterhalt der Sportstätten, Museum, kleine Galerie, HG, etc. Wir versprechen uns davon eine Lebensqualitätssteigerung der Bürger, der Aufwertung des Ehrenamtes, sowie das anschieben einer Keimzelle, ein unterstützen des kreativ-Pools

unserer Bürger, der wiederum weitere positive Effekte mit sich und nach sich ziehen kann.

Antrag 2 Familienfreundliche Kommune

die Familie ist Kernpunkt unserer Kultur und Gesellschaft. Der Gesetzgeber schafft viele Voraussetzungen, die dem Erhalt und dem Gedeihen der Familie dienen. Ebenso ist ein Kommune, die weiter gegen den demographischen Wandel wachsen will gut beraten, wenn Sie die Familie als Zielgruppe entdeckt und pflegt. Dies wird auch zum Teil von Seiten der Stadt umgesetzt und praktiziert. Die Bereitschaft die Beschlüsse des Gemeinderates, sowie die Haushaltsbeschlüsse unter familienfreundlichen Gesichtspunkten zu betrachten ist bis dato nicht vorhanden. Wir beantragen bei der Erstellung der Unterlagen für die Gemeinderäte die Inhalte auf familienfreundliche Entscheidung zu prüfen. Wir sind der Meinung, dass Bad Waldsee eine familienfreundliche Kommune ist, dies aber auch explizit betonen und zukünftig in Ihren Entscheidungen berücksichtigen muss.

Priorisierung des Landes

Die Stadt stellt auch dieses Jahr für Unterhalt der Straßen Gelder ein und arbeitet weiter am Verkehrsentwicklungsplan mit seinen Maßnahmen. Die erwünschte Anmeldung des Landes für unsere Variante B30 West hat das Verkehrsministerium nicht an den Bund priorisiert. Dies ist bedauerlich, wie auch erwartbar. Dennoch muss die transparente Punktevergabe im Auswahlverfahren gelobt werden, die die bescheidenen finanziellen Mittel im Vergleich zu den ungeheuren Summen der gewünschten Projekte einengt. Dieses Vorgehen ist revolutionär und bricht mit den bisherigen Strukturen im Land, ist aber ein Ausdruck von glaubhafter, realisierbarer Politik. Für die GAL ist damit wieder der Boden der Diskussion um die B30 erreicht, die Hoffnungen auf die Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan 2015 äußerst gering, so dass wir mit viel Pragmatismus und Realitätsbezug an kurzfristigen Erleichterungen der Verkehrssituation in Gaisbeuren und Enzisreute gehen können. Diese Maßnahmen, die schnell umzusetzen sind und außerhalb des BVWP realisiert werden können, stellen für uns den sogenannten vordringlichen Bedarf dar. Hier ist bedarf zu handeln und nach einem Konsens in einer kleinen Lösung zu suchen, die Anwohner und Verkehrsteilnehmer gleichermaßen berücksichtigt.

Der Verkehr in der Innenstadt stellt gleichwohl uns alle auf die Probe. Der Umweltverbund mit seinen beschlossenen 45%, die Parkplatzdrehung und Neukonzeption der Bleiche-Straße, kontinuierlicher Parkplatzabbau treiben die Emotionen hoch. Auch hier gilt es sorgsam, langfristig und ausdauernd dieses Verkehrsleitbild zu entwickeln und um zu setzen. Dies bedeutet weiterhin am Citybus und Radverkehrskonzept zu arbeiten. Gleichzeitig dem Bürger fortlaufend das Ziel und die Umsetzung erklären und für den eingeschlagenen Weg werben. Kreative Ideen sind gefordert, um die Zustimmung des Bürgers zu erhalten. Daumenschrauben, Hau-Ruck-Aktionismus und die Idee den Bürger umerziehen zu können, schaden dem Projekt und der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.

Die Stadt gibt für das Jugendhaus 200.000 Euro aus. Das Jugendhaus ist konfrontiert mit veränderten Freizeitverhältnissen und der zunehmenden Ganztagesbetreuung der Schulen. Die Stadt leistet sich eine hervorragend instandgesetztes Haus, und spart an

den Personalkosten, die diese Einrichtung mit Leben erfüllen könnte. Hier muss eine neue Konzeption erarbeitet werden, die dem Jugendhaus neben der professionellen Jugendarbeit, auch Angebote für weitere Bevölkerungsschichten ermöglicht. Dieses Haus muss mit Leben erfüllt werden. Die Räumlichkeiten und das damit verbundene Potential für Jugendliche, junge Menschen und Bürger ist zu groß, als dass es ungenützt verbleiben sollte.

Kultur ist nett und hübsch an zu sehen, braucht aber niemand, und existiert als Etat innerhalb der Kurverwaltung. Das stimmt auch, funktioniert aber nur in dieser Stadt, weil sehr viele Kulturakteure, und hier gehören die Vereine ebenso dazu, wie Sportaktivisten, allesamt ehrenamtlich arbeiten. Warum dafür also separat Geld bereitstellen? Weil kulturelle Erlebnisse, identitätsstiftende Erfahrungen sind. Weil Kultur in all seinen Formen Menschen verbindet und einer Stadt Charakter und Lebensqualität stiftet. Wer unter Kultur nur Fernsehen versteht, entgeht der Begegnung mit Inhalten, Mitmenschen und Kunst, bzw. Künstlern. Wer Kultur erlebt, erlebt diese im Kontext, in der Einbindung und im Bezug zu seiner Stadt. Dieser Bezug der Kultur direkt zur Stadt als Bühne, die als Gastgeber unterschiedlicher kultureller Projekte auftritt, macht die Stadt lebendig, erhöht die Lebensqualität und unterstützt den Gemeinsinn, das gemeinschaftliche verbindende Erleben, eine soziale Funktion, die Begegnung und damit Kommunikation und Verständnis fördert. Die Stadt muss erkennen, dass die kulturelle Tätigkeit, kein Eigennutz der Kulturschaffenden darstellt, und wenn auch keine Pflichtaufgabe der Kommune, so doch die Mittel an den Möglichkeiten des jeweiligen Haushaltes an zu passen wären. Dieser Haushalt hätte dazu die Möglichkeit. Es gibt aber außerhalb der Kurverwaltung keine Position dafür. Es gibt auch außerhalb der Kurverwaltung niemand, der sich damit auf Verwaltungsseite professionell beschäftigt. Wir sehen die Notwendigkeit im Verwaltungsbereich ein eignes Schulamt zu schaffen. Die Anforderung und der Arbeitsaufwand steigt stetig in diesem Bereich. Und hier könnte auch ein Teil Kulturarbeit angesiedelt werden und damit die Notwendigkeit der Schulträgerschaft mit dem freiwilligen kulturellen Engagement einer Kommune vereinbart werden. Dies wäre eine wichtige und richtige Neuausrichtung und entspräche dem Verständnis einer weiter entwickelten und finanziell vermögenden Kommune wie Bad Waldsee.

Zuletzt ein kurzes, aber ehrliches Danke. An Sie alle, die sie mir zugehört haben, an die Gemeinderatskollegen, die uns die letzten 5 Jahre begleitet haben. Für die gute Zusammenarbeit und Kommunikation untereinander, wie auch zur Verwaltung hin. Danke an die Verwaltung, die sich immer wieder aufs neue mit unseren Meinungen und Inhalten auseinandersetzen muss, und dafür bereit ist. Und ein herzliches Dankeschön, an die städtischen Mitarbeiter und Angestellten, die für den Bürger, und unsere Gäste täglich im Einsatz sind.

Dominik Souard
GAL Fraktionssprecher